# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

[illegible] Fernsprech-Anschluß Nr. [illegible] Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

[illegible] Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 280 — Sonnabend, den 2. Dezember 1922 — 17. Jahrgang


## Das deutsche Problem.

Als der deutsche Reichskanzler Dr. Cuno am 24. November von dem „Feind" sprach, „der vor den Toren steht", hat er die Dinge auch nicht um eine Tönung zu dunkel dargestellt. Die Orientverhandlungen in Lausanne lassen erkennen, daß zwischen Lord Curzon und Poincare, den Außenministern der beiden führenden Mächte, etwas wie ein Abkommen stehen muß, sich gegenseitig die Kreise nicht allzu sehr zu stören, weil man sich nämlich vorher in der anderen großen Frage, eben dem **deutschen Problem**, geeinigt hat. Jetzt meldet die „Times" aus Paris, daß die englischen Vertreter in der Reparationskommission grundsätzlich nichts mehr gegen die französische Forderung nach produktiven Pfändern geltend machen. Auch in London faßt man die englischen Meldungen nicht allzu tragisch auf. Man hatte hier von Anfang an den Eindruck, daß es sich um ein vielleicht nicht ungewolltes Mißverständnis handelte. Daß die Franzosen sich ernstlich mit den bekannten Rheinlandsplänen tragen, wird hier keineswegs angezweifelt. Man hält es auch durchaus für möglich, daß bereits alle Vorbereitungen dafür in Paris getroffen worden sind. Auf der anderen Seite aber hält man es jedoch für ausgeschlossen, daß Frankreich nicht wenigstens einen Versuch machen sollte, die Zustimmung Englands zu seinem Vorgehen zu erlangen. Ob Bradbury den neuen englischen Kurs in der Reparationsfrage mitmacht, ist nicht bekannt geworden; es liegt aber nahe, die Mitteilung von seinem bevorstehenden Ausscheiden aus der Reparationskommission mit der Reparationspolitik Bonar Laws in Verbindung zu bringen.

Das neue Reichskabinett hat erfreulich schnell und deutlich die Vorwürfe zurückgewiesen und widerlegt, die Poincare in seiner letzten großen Kammerrede gegen Deutschland erhoben hat. Darauf antwortete jetzt die Havas-Agentur mit einer Richtigstellung. Soweit in diesem Notenwechsel Meinungsverschiedenheiten über die Finanz- und Wirtschaftsdiagnose Deutschlands und Frankreichs zum Ausdruck kommen, hat die Oeffentlichkeit daran ein nur geringes Interesse. Mit aller Schärfe muß jedoch die immer wieder aufgestellte falsche Behauptung zurückgewiesen werden, daß durch die „Verschwendungssucht des Reiches eine kräftige deutsche Industrie in dem absichtlich verarmten Lande geschaffen" worden sei. Diese halbamtliche Auslassung Frankreichs zeigt deutlicher als alles andere, wie es um die wahre Gesinnung der heutigen französischen Machthaber bestellt ist. Wenn es in Lausanne zu einer endgültigen Einigung zwischen Frankreich und England in der Orientfrage kommen sollte, so ist von England kein Eingreifen zugunsten Deutschlands zu erwarten.

Der neue Kanzler hat besonders gute Beziehungen zu **Amerika**; ob aber Amerika geneigt ist, gegen französische Gewalttaten Einspruch zu erheben und diesem Einspruch auch durch die Tat Nachdruck zu verschaffen, muß entschieden bezweifelt werden. Wenn innerhalb des Verbandes keine Widerstände mehr gegen die Vernichtungspolitik Frankreichs erfolgt, so ist es Sache des Führers der deutschen Politik den diplomatischen und wirtschaftlichen Widerstand des deutschen Volkes zu organisieren und den außerhalb stehenden Mächten den Beweis zu liefern, daß es sich lohnt, das deutsche Volk in einem kritischen Augenblick ersten Ranges zu unterstützen.

## Schiedsspruch oder Uebereinkommen mit Deutschland.

Die Londoner Konferenz, die Vorkonferenz von Brüssel, scheint jetzt nun in der Tat ziemlich gesichert zu sein, wenn nicht etwa, was man nie wissen kann, neue Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und seinen Verbündeten auftauchen. In London ist man hinsichtlich des Verlaufes dieser Vorkonferenz plötzlich merkwürdig optimistisch und meint sogar, sämtliche Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiete der Reparationspolitik würden dabei binnen 48 Stunden beseitigt sein.

Worauf sich dieser Optimismus, der in Paris ganz und gar nicht geteilt wird, gründet, ist unklar. Es sei denn, daß man Gründe hätte anzunehmen, daß Poincare sich mit dem zweimonatigen Moratorium für Deutschland, das Bonar Law vorzuschlagen gedenkt, ohne weiteres einverstanden erklären wird. Es ist aber garnicht einzusehen, wieso die verbündeten Sachverständigen, die während dieses neuen kurzfristigen Moratoriums die Reparationsfrage wieder einmal prüfen und den Regierungen „solide Grundlagen" für ihre Entscheidungen liefern sollen, zu einem andern Ergebnis kommen sollen, als die internationalen Sachverständigen, die es in Berlin geprüft haben.

Da hat denn doch der englische Arbeiterführer **Clynes** als Führer der Opposition das Problem besser anzupacken verstanden. Mit Recht hat er sich darüber lustig gemacht, wie man von den anfänglichen 60 Milliarden Pfund, die man von Deutschland gefordert habe, nachgerade auf 34 Milliarden heruntergekommen sei, und schließlich erklärt, der **Vertrag von Versailles** sei einfach **undurchführbar**. Die ganze Spielerei mit dieser Frage müsse endlich einmal einer ernsthaften Behandlung weichen. Dies aber könne nur entweder in einer schiedsrichterlichen Entscheidung oder in einem Uebereinkommen bestehen, an dem Deutschland selbst beteiligt ist. Das sind gesunde Gedanken, die man in Deutschland wohl zu würdigen weiß. Aber selbst die englische Oppositionspartei wird schwerlich stark genug sein, der Vernunft zum Siege zu verhelfen.

## England zu den französischen Absichten.

„Daily Chronicle" sieht in den Pariser Besprechungen nur nutzloses **Waffengerassel** und Einschüchterungsversuche. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein und die französische Armee wirklich beabsichtigen, das Ruhrgebiet zu besetzen, würde die öffentliche Meinung in England sicher verlangen, daß das **Bündnis zwischen London und Paris zerbrochen** werde.

Das „Petit Journal" berichtet aus London, daß man in dortigen Bankkreisen die Haltung Poincares nicht begreife. Für wichtig wird der Besuch des Herrn Benesch in Lausanne erachtet. Benesch hat angeblich gesagt, ein finanzieller **Zusammenbruch Deutschlands** würde in ganz Mitteleuropa **unheilvolle Folgen** haben. Es ist nicht eine Minute zu verlieren, wenn diese Gefahr noch vermieden werden soll. Alle kleineren Nationen haben ein Interesse daran, daß die Sanierung der deutschen Wirtschaft gelingt. Die großen Verbündeten müssen dafür sorgen, daß die Rettung ohne Zusammenstöße und Reibungen erfolgt. Diese Erklärungen, die sich ungefähr mit den Anschauungen Loucheurs decken, haben starken Eindruck gemacht.

### Amerikanische Stimmen.

Die **amerikanische Presse** sieht nicht den **geringsten praktischen Nutzen** in den Plänen Poincares, wenn sie verwirklicht werden sollten. Dagegen ist sie überzeugt, daß die französische Gewaltpolitik den **Verfall der europäischen Wirtschaft** endgültig besiegeln würde. Unter diesen Umständen ist weniger denn je Neigung vorhanden, in die europäische Politik helfend einzugreifen. Frankreich wird besonders vor der Illusion gewarnt, irgendwie noch auf einen Erlaß seiner Kriegsschulden an Amerika zu hoffen, wenn es auf seiner friedenstörenden Politik verharren sollte.

Es kann nicht wunder nehmen, daß in dieser Atmosphäre Clemenceaus, zumal sein Debut in Amerika bisher höchst unglücklich war, nicht die Aufmerksamkeit erregt, wenn er jetzt mit einer Liste von 45 Waffenfunden, die in Deutschland gemacht wurden, aufwartet und erklärt, die vorgefundenen Waffen würden ausreichen, um zwei vollständige Armeekorps zu armieren.

Uebrigens soll, wie aus Paris gemeldet wird, die französische Regierung eine aus Militärs und Ingenieuren bestehende Kommission eingesetzt haben, um die Pläne zur Ausbeutung des Rhein- und Ruhrgebietes ausarbeiten zu lassen. Es wird allerdings darauf hingewiesen, daß es sich um Maßnahmen handle, die erst verwirklicht werden könnten, wenn ein Einvernehmen zwischen den Alliierten nicht erzielt worden sei.

### Die Frage eines deutschen Moratoriums.

Poincare hat in den französisch-belgischen Verhandlungen den belgischen Ministern ein **Projekt** vorgelegt in dem ein **Moratorium für Deutschland vorgeschlagen** wird und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Die Errichtung einer **Zollschranke** östlich vom besetzten Gebiet.
2. Die **Beteiligung alliierten Kapitals** an allen im besetzten Gebiet befindlichen chemischen und metallurgischen Fabriken von mehr als 500 Arbeitern; diese Beteiligung soll nicht unter 45 Prozent und nicht über 75 Prozent sein.
3. Die **Kontrolle der indirekten Steuern** in dem Okkupationsgebiet.
4. Besondere **Maßnahmen** gegen die **Abwanderung des Kapitals** ins Ausland und Durchführung einer Abgabe in Auslandsvaluta.
5. Die **Stabilisierung der Mark** vermittels einer internationalen Anleihe unter gleichzeitiger Heranziehung des Goldbestandes der Reichsbank.
6. Eine **Erhöhung der Kohlenlieferung** um 25 v. H. und Steigerung des Holzexports (Entschädigungskonto) von 20 v. H.

Die **belgische** Regierung, die mit der französischen darin einig ist, daß eine **starke Kontrolle** der deutschen Wirtschaft geschaffen werden müsse, hegt nur Bedenken wegen der hohen Kosten der Zollorganisation. Sie schlägt vor, den **Sitz der Kontrolle nach Berlin** zu verlegen. Ferner befürchtet sie eine Schwächung des deutschen Handels mit Frankreich und Belgien und dafür eine Stärkung des Handels mit den neutralen Ländern: Holland und der Schweiz.

**England** wartet indessen das Ergebnis der belgisch-französischen Besprechungen ab, die auch nach der Rückkehr der Minister Theunis und Jaspar nach Brüssel fortgesetzt werden. In der Wiederherstellungskommission legt Bradbury Vorschläge vor, die sich den belgischen Ideen nähern, aber — nach Auffassung des französischen Delegierten Mauclere — geeignet wären, als Ausgangspunkt für eine Verständigung zu dienen.

### Auch ein englischer Vorschlag zu erwarten.

Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" schreibt: Es würde nicht überraschend sein, daß **Bonar Law** ein Moratorium von kurzer Dauer vorschlägt, damit die alliierten Sachverständigen zu einem neuen Studium der Reparationsfrage schreiten und ihren Regierungen die Grundlage für eine solide Erörterung liefern könnten, bevor die endgültige Entscheidung getroffen werde. Wenn der Berichterstatter einigen Auskünften, die er in politischen Kreisen erhalten hat, Glauben schenken könne, hätte das britische Kabinett schon an ein Moratorium von zwei Monaten gedacht.

Man gewinnt aus dem heutigen Stande der Reparationsverhandlungen den Eindruck, daß England diesmal die vermittelnde Rolle zu übernehmen wünscht, selbstverständlich unter Wahrung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Interessen.

## Aus dem Rheinlande.

### Die rheinischen Akademiker.

Die „Köln. Ztg." veröffentlicht eine Kundgebung der Kölner Vereinigung alter Akademiker, in der erklärt wird, daß sie sich in der schärfsten Zurückweisung aller gegen die Freiheit des Rheinlandes und auf ihre Absonderung vom Deutschen Reiche gerichteten fremdländischen Bestrebungen eins weiß. Die Vereinigung gelobt mit allen alten Akademikern des Rheinlandes in dieser Stunde tiefster Not heilige Treue.

### Eine Zentrumskundgebung.

Der Vorstand der **rheinischen Zentrumspartei** veröffentlicht einen **Aufruf**, in welchem es heißt: In dieser ernsten Stunde, wo wiederum die rheinische Bevölkerung vom Westen her in große Unruhe versetzt wird, wollen wir dem gesamten Auslande mit allem Freimute sagen, daß wir in engstem Zusammenschluß mit unserem ganzen Volke eine ehrliche Politik der Verständigung und Versöhnung gegenüber unseren westlichen Nachbarn erstreben, daß aber eine solche Politik unmöglich ist, wenn die Einheit und Hoheit des Deutschen Reiches immer wieder aufs neue vom Ausland her bedroht wird. Wir tragen nunmehr vier Jahre die schwere Last der fremden Besatzung für unser deutsches Volk, aber jedwede Machtpolitik wird auch in Zukunft nicht imstande sein, das rheinische Zentrum und die rheinische Bevölkerung in ihrer **Treue zum Vaterland** wankend zu machen.

## Die Verhaftung Ehrhardts.

Man darf begierig sein, zu erfahren, welche Umstände die am Donnerstag in München erfolgte Verhaftung des Korvettenkapitäns Ehrhardt herbeigeführt haben. Seit vier Wochen ist in der Oeffentlichkeit ziemlich jeden Tag darauf hingewiesen worden, daß Ehrhardt sich unter falschem Namen in München aufhalte, es ist mit aller Deutlichkeit auf den Kreis hingewiesen worden, in dem er verkehrte, sodaß seine Festnahme ein leichtes sein mußte.

Trotzdem ist sie nicht erfolgt, und man wird den Verdacht nicht ganz los, daß die Münchner Polizei erst durch den Besuch einer leitenden Persönlichkeit aus dem Reichsgericht auf die Notwendigkeit der Verhaftung Ehrhardts nachdrücklich hingewiesen werden mußte. Die Art, wie man in München die Anwesenheit Ehrhardts leugnete, hat auch neben anderem zu der Spannung zwischen München und Berlin beigetragen. **Ehrhardt** ist nach seiner Verhaftung sofort nach Leipzig abtransportiert worden und wird alsbald dem **Staatsgerichtshof** wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch vorgeführt werden. Es wird aber nicht dieser Prozeß allein sein, wichtiger fast und von größerem politischen und allgemeinen Interesse wird die Untersuchung darüber sein, welche Zusammenhänge sich zwischen Ehrhardt und seinen Organisationen und der Mordtätigkeit bisher noch unbekannter Gruppen nachweisen lassen, insbesondere auch, welche Beziehungen zwischen **Ehrhardt, der Organisation C und Persönlichkeiten vom Schlage Ludendorffs** bestanden haben. Korvettenkapitän Ehrhardt ist wohl die stärkste Persönlichkeit der Leiter des Kapp-Putsches gewesen. Während man in den Kapp-Prozessen vor dem Reichsgericht die Initiatoren des Putsches zum größeren Teil als beinahe tragikomische und wertlose Figuren erkannt hat, war der ehemalige [illegible] und